

17. JULI 1954

Wien, den 12. Juli 1954.

Lieber Freund !

Auf Grund Deiner Aufforderung vom 5. ds., Material für die Parteienverhandlungen im Herbst zusammenzutragen, erlaube ich mir, auch einen Beitrag zu liefern.

Die Wünsche der Volkspartei für die kommende Gesetzgebungsperiode sind im wesentlichen ja bekannt. Auf dem wirtschaftlichen Sektor ist für sie nach Erfüllung der Wünsche der Industrie der Komplex der Rekonstruktionsgesetze für den Kreditsektor vordringlich, dazu gehören das sogenannte Bankenrekonstruktionsgesetz, das Versicherungswiederaufbaugesetz, ein Versicherungsbetriebsgesetz und ein Nationalbankorganisationsgesetz. Die Diskussion über diesen Komplex im Zuge der Beratungen über die Kapitalmarktgesetze habe ich Dr. Kamitz mit Erfolg abgelehnt. Der Volkspartei wird die Nichtverabschiedung dieser Gesetze als großes Versäumnis ausgelegt nicht zuletzt deswegen, weil man in den interessierten Kreisen nicht ohne Grund befürchtet, daß wir an die Bewilligung dieser Gesetze Bedingungen anknüpfen, die besonders unangenehm für die andere Seite, aber insbesondere für die Bank- und Versicherungsleute sein können. Dr. Kamitz hat von mir eine schriftliche Zusammenfassung der Wünsche, die wir bei Verabschiedung dieser Gesetze haben, verlangt. Ich bin bisher nur zu einem geringen, ich möchte sagen unbedeutenden Teil darauf eingegangen, indem ich konkrete Wünsche der Genossenschaften und der Gewerkschaften weitergegeben habe. Die Genossenschaften drängen auf das Recht, Sparguthaben ihrer Mitglieder - wie Sparkassen - entgegennehmen und verwalten zu können. Sie nehmen für sich auch das Recht einer gewissen Versicherungstätigkeit in Anspruch. Die Gewerkschaften wieder verlangen gesetzliche Gleichstellung bestimmter ~~Branchen~~branchenbegrenzter

Zusatzversicherungen mit der gewerbsmäßigen Versicherung.
Ich lege Abschriften des betreffenden Schriftwechsels bei.

Natürlich ist das nur ein bescheidener Teil unserer Wünsche im Zusammenhang mit diesen Kreditgesetzen. Sachlich muß unbedingt in diesem Zusammenhang auf den Bericht der internationalen Bankexperten zurückgekommen ~~und deren Forderungen~~ wesentliche Forderungen von uns aufgegriffen werden. Dazu gehört vor allem die sogenannte Investitionsbank, die gewiß geeignet wäre, die Machtbefugnisse der beiden Großbanken wesentlich einzuschränken. Meines Erachtens wäre es auch wesentlich leichter, bei Neugründung einer solchen Bank, die das langfristige Kreditgeschäft zu pflegen hätte, unseren Einfluß durchzusetzen, als dies bei den bestehenden Banken der Fall sein wird. Die in so einem Fall notwendige Entflechtung wird nicht leicht sein, ebenso wie es nicht leicht sein wird, den Vorschlag der Bankexperten auf Reduzierung der Aufsichtsratspositionen der heutigen Bankgewaltigen und damit des Einflusses der Banken auf die gesamte Wirtschaft durchzusetzen. Auch im Sparkassensektor, der ja an dem Bankenrekonstruktionsgesetz finanziell mehr Interesse hat als die Großbanken, können wir uns zum Teil der Empfehlungen der internationalen Bankexperten bedienen. Darüber hinaus werden wir wohl aufmerksam sein müssen, daß uns nicht in den verschiedenen Körperschaften des Sparkassensektors die Positionen durch Leute wie Wallitza ebenso verlorengehen, wie es im Bankensektor der Fall war, obwohl die Sparkassen seit eh und je viel stärker unter dem Einfluß von Körperschaften stehen, die maßgeblich von uns verwaltet werden.

Damit ist auch die Personalfrage angeschnitten, die im Zusammenhang mit der Verabschiedung dieser Gesetze unbedingt eine Berücksichtigung finden muß. Die andere Seite ist sich dessen bewußt und versucht bereits jetzt, über die Presse Stimmung gegen uns zu machen. Landertshammer ist aktiver denn je zuvor und gerade er im Bewußtsein seiner Schuld redet immer wieder davon, obwohl von uns bisher kein Wort diesbezüglich erwähnt wurde. Die Forderungen der Banken und Versicherungen auf Beträge, die in die Milliarden gehen,

sind sicherlich keine populären Forderungen. Sie sind noch weniger populär als unsere Forderung nach personellem Einfluß in diesen Instituten. Wir werden daher in den kommenden Wochen und Monaten mehr von ihren Profiten in den vergangenen Jahren, ihren übermäßigen Forderungen und ihren Unzulänglichkeiten, die von internationalen Experten dargetan sind, reden müssen als von unseren personellen Wünschen.

Ich bin überzeugt, daß wir ebenso, wie bei den Kapitalmarktgesetzen, vieles von dem durchzusetzen vermögen, was wir uns vorgenommen haben und vielleicht auch manche Dinge, die damit in keinem direkten Zusammenhange stehen, aber junkturiert werden können. Sehr gut könnte ich mir vorstellen, daß eine Revision der Kartellgesetzgebung in diesem Zusammenhang erzwungen werden kann. Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß gerade am Versicherungssektor ein außerordentlich straffes Kartell besteht, das unter der Patronanz der Versicherungsaufsichtsbehörde im Finanzministerium ist. Diese Behörde greift zu Sanktionen gegen die Versicherungsunternehmungen, die sich gegen das Kartell vergehen. Hieher gehört auch die von Dir erwähnte freie Genossenschaftsbildung, wie sie bis 1933 auch für die Kreditgenossenschaften bestanden hat. Genosse Pittermann hat in seinen Vorschlägen, die er an Dich vor wenigen Tagen gerichtet hat, ganz mit Unrecht angenommen, daß ich ein Schützer der Kartelle bin, weil verschiedene verstaatlichte Unternehmungen an dem einen oder anderen Kartell auch noch beteiligt sind. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich, lange bevor sich jemand bei uns mit dieser Frage beschäftigt hat, die Antikartellgesetzgebung betrieben habe. Wenn ich dem Kartellregistrierungsgesetz seinerzeit das Wort geredet habe, so wie Du Dich erinnern wirst, deswegen, weil ich gesehen habe, daß ein Kartelluntersagungsgesetz zu der Zeit nicht möglich war. In wiederholten Erlässen habe ich aber schon vor Jahren die verstaatlichten Unternehmungen angewiesen, die Beteiligung an Kartellen, vor allem an solchen, die Preisbindungen und Produktionsbeschränkungen beinhalten,

zu vermeiden und keine Bindung ohne Kenntnis des Ministeriums einzugehen. Es versteht sich von selbst, daß nur dann eine Zustimmung vom Ministerium gegeben wurde, wenn es sich im Interesse des Bestandes des Unternehmens einfach nicht vermeiden ließ. Ich bin also zu jeder Maßnahme gegen die Kartelle, unberücksichtigt um eventuelle Wünsche in der verstaatlichten Industrie, bereit, allerdings muß sich eine solche Maßnahme gegen alle Kartelle richten.

Soweit vorläufig zur wirtschaftlichen Hauptforderung der ÖVP und zu unseren Bedingungen, die wir dazu zu stellen haben.

Auf dem sozialen Sektor liegt das Schwergewicht der ÖVP in den nächsten Monaten beim Familienausgleich, dem wir ja die prinzipielle Zustimmung schon gegeben haben. Unsere Wünsche sind ja formuliert, die Verhandlungen sind offen. Ich möchte noch einmal sagen, daß eventuelle Verfassungsänderungen in diesem Zusammenhang nicht zugestanden werden sollten, ohne daß nicht auch dringende Wünsche unsererseits bewilligt werden. Ich erinnere nur an die Wahlrechtsbestimmungen, aber auch an die von mir seit eh und je angemeldeten Wünsche bezüglich Energiewirtschaft und Rundfunk. Übrigens dürfte auch im Zusammenhang einer neuen Landwirtschaftsgesetzgebung der Wunsch nach Verfassungsänderung laut werden. Doch scheint mir diese Frage von der Landwirtschaft selber noch zu wenig vorbereitet zu sein. Obwohl die dringendsten Rentenwünsche erfüllt sind, sollen wir doch das vom Sozialministerium entworfene Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz im kommenden Jahr betreiben, damit wir auf diesem Gebiete ein sicheres Fundament für die Zukunft schaffen und uns des ewigen Vorwurfes der Gegenseite wegen Mangels einer einheitlichen und übersichtlichen Gesetzgebung entledigen.

Sehr wichtig erscheint mir nach wie vor der kulturelle Sektor. Von der ÖVP wird sicherlich die Schulgesetzgebung und die konfessionelle Schule in den Vordergrund gestellt werden. So sehr von unserer Seite die Schulgesetze wünschenswert und wichtig sind, sollten wir uns aber darauf nicht beschränken. Wir müssen unbedingt trachten, den Einfluß des

dogmatischen Katholizismus auf unseren Kultursektor, der heute über das Unterrichtsministerium ausgeübt wird und den dieses ständig zu verstärken versucht, zu vermindern. Ich teile absolut Deine Ablehnung gegenüber dem Kulturgröschen-gesetz. Um unsere Genossen in den Ländern von der Richtigkeit dieser Linie zu überzeugen, schlage ich vor, Ende August, oder Anfang September eine Konferenz der für diesen Sektor verantwortlichen Funktionäre abzuhalten nach dem Muster, wie wir es in verschiedenen anderen Sparten mit Erfolg in den letzten Jahren getan haben.

Wichtige Gesetze, die zur Diskussion stehen und bei denen wir außerordentlich aufpassen müssen, sind das Hochschulorganisationsgesetz, das Gesetz über die Schaffung eines Forschungsrates, das Gesetz über die Schaffung einer Urheber-Union.

Entgegen meiner Überzeugung wird von unseren Genossen in der Volksbildung immer wieder ein Gesetz zur Förderung der Volksbildung betrieben, worauf wir auch achten müssen. So sehr ich damit einverstanden bin, die Volksbildung durch öffentliche Mittel zu fördern, so sehr bin ich dagegen, sie gesetzlich zu binden und noch mehr dem Unterrichtsministerium zu unterstellen.

Ich mache in diesem Zusammenhang auch auf eine Frage aufmerksam, der wir nach 1945 praktisch überhaupt keine Bedeutung geschenkt haben, obwohl sie für die Jugenderziehung von außerordentlichem Wert ist. Es handelt sich um die Internatsschulen, die in Österreich fast ausschließlich Domäne der katholischen Kirche sind. Die ganz wenigen Internatsschulen werden vom Unterrichtsminister bewußt und, ich möchte sagen, grob fahrlässig vernachlässigt, damit ja das Monopol der katholischen Internatsschulen erhalten wird. Ich könnte unzählige Beispiele liefern, wonach beste Genossen gezwungen sind, ihre Kinder in eine Klosterschule zu geben, weil kein Platz in einem staatlichen Internat oder einer Internatsschule einer anderen nicht katholischen Körperschaft zu finden ist. Als Beispiel verweise ich auf die von Dr. Kolb ausgehende jahrelange Sabotage des Ausbaues des überfüllten Mädchenrealgymnasium auf Schloß Traunsee bei Gmunden. Ich bin darauf gekommen, nachdem

ich meine Tochter im letzten Jahr dort unterbringen konnte. Sämtliche Parteien haben sich darum bemüht. Der Lehrkörper, der bestimmt nicht sozialistisch genannt werden kann, ist verzweifelt und erbittert gegen das Unterrichtsministerium. Ich selber habe von Kolb wiederholt Zusagen bekommen, daß mit dem Bau begonnen wird und wäre bereit gewesen, bei der finanziellen Lösung mitzuhelfen, aber er hat immer wieder die Arbeit verhindert, so daß die Schule im kommenden Herbst keine erste Klasse mehr eröffnen kann. 500 m weiter liegt die Klosterschule von Schloß Orth, die dafür die Mädchen aufnehmen wird. Immer mehr Menschen können es nicht verstehen, daß wir uns da gar nicht rühren und ich verstehe unsere Schulleute nicht, daß diese Frage überhaupt in den letzten Jahren in der Partei keine Rolle gespielt hat. Jedenfalls müssen wir uns bewußt sein, daß neben den wirtschaftlichen und sozialen Fragen immer stärker die kulturellen Fragen in den Vordergrund treten und wir uns zu den Sprechern kultureller Freiheit und kulturellem Fortschrittes machen müssen.

Was Deine Frage nach Finanzausgleich und Steuerpolitik betrifft, würde ich zu Vorbesprechungen im Kreise der am Finanzausgleich unmittelbar interessierten Genossen des Städte- und Gemeindebundes raten. Erstmals soll der Finanzausgleich über eine längere Zeit von Jahren gemacht werden. Dazu habe ich immer geraten, aber es nur den bisherigen Verhandlungsteilnehmern von unserer Seite zu überlassen, die Grundsätze festzulegen, halte ich doch nicht für ratsam. Ob wir neue namhafte Steuersenkungen unmittelbar nach Schaffung der neuen Mehrausgaben des Bundes und der Länder eingehen können, wage ich nicht ohne gründliche Überlegung zu sagen. Zu dieser Überlegung war aber in den letzten Tagen wirklich keine Zeit. Jedenfalls kann uns beim jetzigen Stand der Ausgabenverpflichtungen schon ein bescheidener Konjunkturrückschlag in große Verlegenheit bringen. Diese Gefahr noch zu vergrößern, ist sehr bedenklich. Dr. Kamitz sagte mir vor wenigen Tagen, daß die ersten Ausgabenwünsche der verschiedenen Ressorts für 1955 ein Defizit von mehr als 6 Milliarden S ergeben. Bei Bahn und Post sind die Abgänge durch die Erhöhung der Gehälter der Bundesbediensteten namhaft gestiegen. Ich kann dem Finanzminister in der Situation nicht zumuten, Tarif-

senkungen zuzustimmen, weil er dann auf die Ausgabenwünsche gar nicht eingehen könnte, selbst wenn er wollte. Er hat mich schon gefragt, wie das mit der 3. Etappe der Bundesangestellten werden soll? Er will nicht wieder in die Situation kommen, mitten im Jahr einer Lizitation zu unterliegen. Sollten wir für die 3. Etappe mit 1. Jänner sein, dann müßten wir es sagen und er würde das im Budget berücksichtigen müssen. Gerade bei der Post ist die Frage der Budgeterstellung für 1955 sehr kritisch. Unsere Genossen von der Postgewerkschaft sind nach den Personalvertretungswahlen sehr unter Druck und nicht imstande, zusätzlichen Belastungen des Personals und weiteren Reduktionen des Personalstandes das Wort zu reden. Der Arbeiter- und Angestelltenbund fordert stürmisch Erhöhung des Personalstandes und Einstellung von Urlaubersatzkräften, die für das Jahr 1954 nicht vorgesehen waren.

Zu Personalfragen gehört natürlich die Erfüllung der diesbezüglichen Bestimmungen des Koalitionspaktes. Wir sind nach wie vor im Nachteil. Im Bereiche des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe trachtet die ÖVP ihren Vorsprung zu halten, sei es auch durch Nichterfüllung von Beschlüssen des Sechserausschusses für die Organe (Aufsichtsrat und Vorstand) der einzelnen Unternehmungen. Ein typisches Beispiel dafür sind die Donaukraftwerke Ybbs-Persenbeu und im Zusammenhang damit die Tauernkraftwerke. Überhaupt nicht beachtet werden wir bei den Banken, wo Bundeskanzler Raab auf Deinen Brief vom Vorjahr bis heute nicht geantwortet hat. Erst in letzter Zeit ist wieder im Aufsichtsrat der Länderbank der aus dem Verkehrsressort seinerzeit stammende Dr. Laschtowicz durch den Sektionschef Baccacich vom Finanzministerium ausgetauscht worden, ohne daß wir überhaupt gefragt wurden. Wünsche unsererseits werden überhaupt nicht beachtet.

Die Tatsache, daß wir uns gar nicht durchzusetzen vermögen, kostet uns immer mehr an Autorität und ermutigt die gegnerischen Funktionäre in diesen Unternehmungen immer stärker, so daß sie auch im Bereiche des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu offener Rebellion übergehen,

wie sich das in den letzten Wochen bei der Alpine mit der Anstellung des LA Dr. Allitsch und bei der Verbundgesellschaft in ihrem Verhalten bei den Hauptversammlungen der Donaukraftwerke gezeigt hat. Wenn ich irgendwo einen Schritt mache, so schreit die ganze ÖVP-Meute "Koalitionsbruch" und manche recht maßgebliche Genossen sind eher bereit, diesem Schrei Glauben zu schenken als meinen Hinweisen auf die bewußte Mißachtung der betreffenden Koalitionsbestimmungen durch die ÖVP.

Wir müssen meines Erachtens im Zusammenhang mit den Rekonstruktionsgesetzen des Kreditsektors eine Bereinigung unserer Personalwünsche erreichen, wenn wir nicht jeden Einfluß auf diesem Kreditsektor endgültig einbüßen und darüber hinaus das Gesicht, das wir bisher noch zu wahren vermochten, vollkommen verlieren wollen.

In diesem Zusammenhang mache ich noch auf eine Personalfrage aufmerksam, die uns in der einen oder anderen Form schon zu verschiedenen Malen beschäftigt hat. Es geht um die verschiedenen Attaché-Posten bei unseren Vertretungen im Ausland. Durch die Neufassung des Außenhandelsverkehrsgesetzes ist das Recht der Handelskammer auf Besetzung der Handelsattaché-Posten fixiert worden. Es wird schwer sein, Leute von uns auf solche Posten unterzubringen. Wir müssen aber jetzt beobachten, daß auch Kulturattaché-Posten vergeben werden, deren Wichtigkeit sicher auch nicht zu unterschätzen ist. Ich erinnere nur an Paris. Der dortige Posten war schon heftig bestritten. Darüber hinaus habe ich wiederholt die Schaffung von Sozialattaché-Posten zur Diskussion gestellt. Wir sollten nicht nachgeben, wenn die anderen sich nicht scheuen, immer neue Leute von ihrer Seite draußen unterzubringen und den Kontakt mit dem Ausland zu verbessern.

In meinem Ressort sind für den Herbst eine Reihe von gesetzlichen Lösungen aktuell. Seit mehr als zwei Jahren steht das neue Elektrizitätsgesetz in Verhandlung, das mit allen Stellen abgestimmt ist, aber seit Monaten vom Handelsministerium sabotiert wird.

Ebenfalls weitgehend vorbereitet ist das neue Eisenbahngesetz, das die reichsdeutsche Gesetzgebung auf diesem Gebiete

ablösen soll und eine neue Regelung der in fast 100 Jahren gewachsenen Materie bringt.

Notwendig wird es, ein Rundfunkgesetz zu schaffen, zu dem die Verhandlungen eingeleitet wurden, aber von der ÖVP abgebrochen worden sind, weil sie die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes abwarten will, der von ihren Ländergewaltigen angerufen wurde. Ich habe Dich und Pittermann über die Sache informiert und bin nach wie vor der Meinung, daß man die großen Aufgaben auf diesem Gebiete nur mit einer einheitlichen Organisation lösen kann.

In den kommenden Monaten wird auch eine Novellierung des Güterbeförderungsgesetzes und des Beförderungssteuergesetzes aktuell werden. Die ungezügelten Konkurrenzverhältnisse Schiene-Straße im Güterverkehr sind auf die Dauer unerträglich für beide Teile. Dazu kommt, daß die jetzigen Gesetze von den Behörden, linde gesagt, sehr lax gehandhabt werden. Handelsministerium und Finanzministerium begünstigen bewußt den Straßenverkehr zu Lasten der Schiene und selbst das Innenministerium, das die Straßenkontrolle auf Grund des Beförderungsgesetzes innehat, übt diese Kontrolle so nachlässig aus, daß das Gesetz praktisch unwirksam ist.

Ich mache auf diese Ressortaufgaben aufmerksam, weil sie Gebiete betreffen, die die Allgemeinheit berühren. Unzulänglichkeiten in diesen Sektoren, die bei Nichterledigung dieser Gesetze auf die Dauer entstehen müßten, würden natürlich uns sehr zur Last gelegt werden.

Ohne mit diesen Darlegungen, die sehr ausführlich geworden sind, Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, gebe ich sie Dir als einen Beitrag für die Aufgaben, die unserer Partei in Regierung und Parlament in nächster Zeit gestellt sind. Ich danke Dir, daß Du mir Gelegenheit gegeben hast, einen solchen Beitrag zu liefern und will hoffen, daß wir uns nicht weniger gut als in der letzten Zeit ~~haben~~ durchsetzen können.

2 Beilagen 1

Herzlichen Gruß

Herrn
Stanzkanzler Dr. Adolf SCHÄRF,
Stanzkanzleramt,
Stanz, I., Ballhausplatz 2.
=====

